

Oktober 1920; mber 1920.

Tage	Ver.	Tage	Abm.
9.30		7.40	
9.25		7.35	
9.18		7.28	
9.08		7.18	
9.00		7.10	
8.53		7.03	
8.47		6.97	
8.40		6.90	
8.30		6.80	
8.20		6.70	
8.10		6.60	
7.50		6.40	
7.25		5.75	
7.20		5.70	
7.10		5.60	
7.00		5.50	

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
 Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
 die einseitige Zeile
 über deren Raum 60 f,
 bei Ausfertigung
 durch die Geschäftsstelle
 45 f extra.
 Reklam-Zeile zu 1.50
 bei größeren Aufträgen
 entsprech. Rabatt, der in
 Folge des Abnahmefalles
 hinfallig wird.
 Inhalt der Anzeigen
 Annahme tags zuvor.
 Fernsprecher Nr. 4.
 Für telef. Mittheilung
 keinerlei Gewähr abzu-
 nehmen.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
 Druck und Verlag der E. Bredt'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Streml), für die Schriftleitung verantwortlich D. Bredt in Neuenbürg.

Nr. 132 Neuenbürg, Donnerstag den 10. Juni 1920. 78. Jahrgang.

Deutschland.

Karlsruhe, 9. Juni. Zu der Mitteilung, daß badisches Schlachtvieh aus dem Schwarzwald, besonders aus dem Landkreis Freiburg, nach Norddeutschland ausgeführt worden sei, bemerkt eine amtliche Presse-notiz der „Karlsruh. Stg.“, daß eine Versorgung nichtbadischer Bedarfstellen mit Schlachtvieh aus Baden schon seit Juli 1919 nicht mehr erfolgt ist und auch zur Zeit nicht erfolgt. Von einer Ausfuhr von Schlachtvieh aus Baden nach Norddeutschland oder nach anderen Ländern könne keine Rede sein.

Dresden, 9. Juni. Die demokratische Fraktion der badischen Volkstammer ist gestern in Beratungen darüber eingetreten, welche Stellung sie zu dem Ausfall der Reichstagswahlen einzunehmen hat. Die Fraktion ist entschlossen, die Konsequenzen aus der Wirkung der Wahlen auf die deutsche Politik zu ziehen. Man wird also annehmen dürfen, daß sie aus der Regierung ausscheiden wird.

Berlin, 9. Juni. Das Zeppelinluftschiff „L 71“ wird in den nächsten Tagen an England ausgeliefert werden. „L 71“ erhält zu diesem Zweck eine aus Deutschen und Engländern zusammengesetzte Besatzung, die den Luftkreuzer nach England überführen soll. Gleichzeitig wird ein zweites Zeppelinluftschiff Italien übergeben werden.

Genua, 9. Juni. Im Laufe dieser Woche sollen in Amsterdam zwischen deutschen und englischen Bergarbeiterführern Verhandlungen stattfinden über einen Vorschlag des Reichslehrenkommissars zur internationalen Regelung der Kohlenproduktion und des Kohlenabsatzes. Frankreich wird sich an den Verhandlungen nicht beteiligen.

Über die Stellung der Parteien

zu einander läßt sich der „Schwäb. Merkur“ wie folgt vernehmen:

Die Koalitionsparteien Zentrum, Demokratie und Sozialdemokratie werden im vollstündigen Reichstag immer noch einige Stimmen über die Hälfte der Reichsboten besitzen. Aber es ist klar, daß sich auf so schwacher Grundlage von einem halben Dutzend Stimmen keine Regierung aufbauen läßt. Bleiben zwei Möglichkeiten: entweder muß die Koalition erweitert oder eine ganz neue gefunden werden. Eine Regierung müssen wir haben und anders als auf der Grundlage parlamentarischer Mehrheitsbildung geht es nun einmal im parlamentarisch regierten Staat nicht. Nehmen wir den ersten Fall: Erweiterung der Koalition. Da erhebt sich die Frage: nach links oder nach rechts? Der Gedanke an eine Erweiterung nach links würde nicht bloß dem Grundzug der bisherigen Wahlentscheidung geradezu zuwiderlaufen, er würde auch bei den hierzu erforderlichen Unabhängigen auf eine hoffnungsvolle Abneigung stoßen. Es ist zwecklos, darüber sich weiter zu unterhalten. Bliebe die Erweiterung nach rechts, die Veranziehung der Deutschen Volkspartei. Diese würde sich, nach den Äußerungen der Führer zu schließen, den Eintritt in die Regierung wohl nicht versagen; aber erhebt sich auf dem anderen Flügel das drohende „Niemals“ des Herrn Reichskanzlers Hermann Müller. Soll es bei diesem „Niemals“ sein Bewenden haben, soll es fortwährend unerhittliches Gefähr bleiben, dann ist es mit der Überlebensfähigkeit dieser Koalition auch schon zu Ende. Denn das Abstreifen von rund 100 Sozialdemokraten könnte durch die rund 60 Deutsch-Volksparteiler nicht wettgemacht werden. Es müßte also gleich noch weiter nach rechts ausgegriffen werden, nach den Deutschnationalen, damit aber wären wir auch schon aus dem Bereich einer Erweiterung der alten Koalition herausgetreten und bei dem einer ganz neuen Grundlage angelangt. Auf dem Parier könnte der Reichstag für die neue Gruppe schon die nötige Zahl von Köpfen zusammenzählen, aber in der Wirklichkeit stehen ihr schwere Zweifel entgegen: Würde das ganze Zentrum — Erzberger ist wiedergewählt! — würde die ganze Demokratie dafür zu haben sein? Und vor allem: Die schroffe Scheidung zwischen Bürgerlichen und Sozialdemokraten, die damit in die Regierung hineingetragen, in ihr gleichsam sinnbildlich ausgedrückt würde, ist gründlich unerwünscht, um nicht zu sagen unmöglich. Dazu ist die Sozialdemokratie im ganzen Volke noch zu stark und mit ihren rund 100 Köpfen auch parlamentarisch zu mächtig. Gegen die stärkste Fraktion läßt sich nun einmal vernünftiger und verständlicher Weise nicht regieren. Also zurück zu der Verbindung Sozialdemokratie bis Deutsche Volkspartei! Wir müssen dann eben über das „Niemals“ des Herrn Hermann Müller hinwegkommen. ... Vielleicht daß Herr Müller heute schon sein vorerzähltes Wort ebenso leid tut, wie Herr Scheidemann die peinliche Erinnerung an seine „verdorrte Hand“. Man soll beunruhigt in der Politik niemals „niemals“ sagen, und wenn die Sozialdemokraten von vornherein erklären, daß sie die Zusammenarbeit mit einer anderen Partei ablehnen, selbst

auf die Gefahr hin, daß dadurch eine Mehrheitsbildung ausgeschlossen bleibt, dann verneinen sie damit die Grundlagen der formalen Demokratie, auf denen sie das ganze republikanische Deutschland aufgebaut haben. Deshalb möchten wir einstweilen ihre Weigerung nicht allzu tragisch nehmen, aber selbst wenn sie daran festhalten — es sind auch noch andere Kombinationen offen, die den Sozialdemokraten faktisch vielleicht ganz bequem sein mögen, weil sie ihnen die Gelegenheit geben, in die hemmungslöse Opposition zurückzufallen.

Ein Aufruf der badischen Sozialdemokratie.

Karlsruhe, 8. Juni. Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Badens wendet sich mit einem Aufruf an seine Parteigenossen und Parteigenossen im Lande. Es heißt darin: Die Sozialdemokratische Partei hat nach den Wahlen nicht den mindlichen Anlaß, verzagt zu sein. Ihre Rader stehen in Baden fest und ihre Politik wird in naher Zukunft ihre Rechtfertigung erfahren. Es ist damit zu rechnen, daß in Bälde — jedenfalls lange vor dem verfassungsmäßig vorgesehenen Termine — das deutsche Volk erneut zur Wahlurne gerufen wird. Auf diesen Fall gilt es schon jetzt unsere Organisationen einzustellen. In dem Aufruf heißt es dann weiter, daß schon am Mittwoch der große Bezirksauschuß der badischen Sozialdemokratie zu einer Beratung der durch den Wahlausfall geschaffenen Lage zusammentreten wird.

Die Besprechungen der Parteien.

Berlin, 9. Juni. Im Laufe des morgigen Tages werden führende Persönlichkeiten der Deutschnationalen zu einer Besprechung zusammentreten. Beide Rechtsparteien werden jedoch solange warten, bis man an sie herantreten wird. Die Haltung des Zentrums ist noch unklar. Ein Zusammengehen des Zentrums mit den Unabhängigen sei ausgeschlossen, jedoch eine Koalition Zentrum—Demokraten—Sozialisten—Unabhängige nicht im Bereiche der Möglichkeit liegt. Die neue gewählte sozialdemokratische Reichstagsfraktion und der Parteiauschuß treten am Sonntag, 10 Uhr vormittags, zu einer Besprechung zusammen.

Zusammentritt des Reichstags Ende Juni?

Berlin, 8. Juni. Der Reichstag wird, wie wir hören, am 23. oder 24. Juni wieder zusammentreten.

Eine Erklärung in der Erzbergerfrage.

In der Versammlung der Zentrumspartei Groß-Stuttgart am Abend des Wahltages erklärte der neue Vorsitzende, Ministerialrat Bucher, unter stärkstem Beifall: Nachdem die Wähler sich für Erzberger entschieden haben, darf nicht mehr gegen ihn Stellung genommen werden. Die anderen haben zu schweigen und sich zu fügen. Wir haben auch den Bayern und Rheinländern nicht vorgeschrieben, wen sie wählen dürfen. Wer will uns Schwaben vorschreiben, wenn wir unser Vertrauen schenken? Das ist undemokratisch. Wenn wir Erzberger wählen, dann ist der Fall erledigt, dann muß die Fraktion ihn aufnehmen.

Die Landtagswahl in Dessau.

Dessau, 9. Juni. Bei den Landtagswahlen in Anhalt-Dessau wurden folgende Stimmen abgegeben: Demokraten 26457, 6 Mandate (Verlust 6), Unabhängige 31430, 6 Mandate (Gewinn 5), Deutschnationalen 28990, 6 Mandate (Gewinn 4), Deutsche Volkspartei 23121, 5 Mandate (Gewinn 4), Mehrheitssozialisten 61552, 13 Mandate (Verlust 9).

Der Soldat kostete früher 1224 Mark, jetzt 20000 Mark.

Nach dem Heereshaushalt für 1914 betrug die Friedensstärke des Heeres 800640 Köpfe. Für diese Stärke waren in fortwährenden Ausgaben veranschlagt 979867640 Mark. Ergibt auf den Kopf eine Durchschnittsjahresausgabe von rund 1224 Mark. Für das 100000 Mann Heer sind an fortwährenden Ausgaben zum Haushalt 1920 angemeldet rund 1541000000 Mark. Infolge des Besoldungsgesetzes wird mit einer Jahresausgabe von rund 2000000000 Mark zu rechnen sein. Ergibt auf den Kopf eine Durchschnittsjahresausgabe von 20000 Mark. Dies ist rund der 17fache Betrag der Kosten von 1914. Ein Heer in der Friedensstärke von 1914 würde somit als Soldatarmee unter Zugrundelegung der Verhältnisse des 100000-Mann-Heeres eine Jahresausgabe von etwa 15 bis 16 Milliarden Mark verursacht haben.

Gegen die Beförderung schwarzer Truppen durch Deutschland.

Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ meldet, hat angehts der Bemühungen der französischen Regierung, durch

Einführung schwarzer Truppen auf den deutschen Eisenbahnen nach dem Osten den von den Russen bedrohten Polen zu Hilfe zu kommen, die Leitung der „Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und Staatsbediensteter“ beschlossen, ihren Mitgliedern die unbedingte Verweigerung des Dienstes bei Beförderung der für Polen bestimmten schwarzen Truppen auf den deutschen Eisenbahnen zu empfehlen.

Kameruner Händlinge für die Rückgabe Kameruns an Deutschland.

Aus zuverlässiger spanischer Quelle wird berichtet, daß in Madrid aus Fernando Po eine Bittschrift von 117 Kameruner Händlingen eingegangen ist, in der diese auf namens ihrer Landschaften den König von Spanien bitten, für die Rückgabe Kameruns an Deutschland einzutreten. In dieser Bittschrift wird außerdem betont, daß die große Mehrzahl der Kameruner Eingeborenen mit dem Wunsche der 117 Händlinge einverstanden ist und nur aus Furcht vor den Engländern und Franzosen diesen Wunsch nicht zum Ausdruck zu bringen wagt. Diese Bittschrift, die von einem Teil der spanischen Presse bereits erwähnt und beantwortet wurde, stellt einen neuen und bemerkenswerten und wertvollen Beweis für die Grundlosigkeit der Anklagen unserer Gegner über a gebliebene schlechte Behandlung der Eingeborenen dar.

Ausland.

Paris, 9. Juni. Die nach Friedensschluß von den Franzosen im besetzten Deutschland rechtswidrig verhafteten Deutschen wurden freigelassen.

Washington, 8. Juni. General Pershing, der die amerikanischen Truppen in Frankreich befehligte, hat seinen Abschied genommen, um sich der Politik zu widmen. Bestimmte Kreise sehen in Pershing einen zukünftigen Präsidentschaftskandidaten.

Paris, 9. Juni. Die Konferenz in Spa soll nunmehr am 5. Juli stattfinden. Ihr wird eine Sonderkonferenz der Premierminister der alliierten Staaten vorangehen, die am 2., 3. und 4. Juli in Brüssel abgehalten wird. Desgleichen ist auch noch eine Konferenz in London vorgesehen.

London, 9. Juni. Die Verhandlungen Lloyd Georges mit den Bolschewisten werden laut „Times“ in den Vereinigten Staaten mit umso mehr Interesse verfolgt, als, wie man weiß, die amerikanische Regierung gegenüber den Plänen des englischen Premierministers sich ablehnend verhalten.

Revolutionäre Kundgebungen in Holland.

Anlässlich der für gestern angeordneten Einbringung des Gesetzes gegen revolutionäre Umtriebe versammelten sich in der Nähe des Volkshauses in Haag, auf dem eine rote Fahne aufgezo-gen war, etwa 20—25000 Personen, die gegen 1 Uhr mittags mit den sozialistischen Kammerabgeordneten an der Spitze nach dem Parlamentsgebäude zogen. In der Nähe des Parlamentsgebäudes trat die Polizei dem Zug entgegen. Die Beamten hatten Mähe, die andringenden Massen aufzuhalten und trieben die Menge mit Gummiknüppeln und Säbeln zurück. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen.

Die Schweiz und die deutschen Wahlen.

Basel, 8. Juni. Die schweizerische Presse kommentiert den Ausfall der deutschen Reichstagswahlen bisher sehr vorsichtig, da ein abschließendes Ergebnis bis gestern Abend noch nicht vorlag. Die Verschiebungen in der Stärke der Parteien, so lassen sich einige Blätter aus, seien ja erwartet worden. Die Zeitungen stellen dann fest, daß die neue veränderte Gruppierung für Deutschland immerhin gewisse nicht leichte Gefahren in politischer Hinsicht für die Zukunft in sich birgt.

Drohender Konflikt zwischen Schweden und Finnland.

Stockholm, 9. Juni. Infolge der Zuspitzung der Lage mit Finnland wegen der Alandinseln hat sich die schwedische Regierung entschlossen, die Mitglieder des schwedischen Reichstags zu einer vertraulichen Sitzung in den nächsten Tagen einzuberufen.

Basel, 9. Juni. Der Konflikt zwischen Finnland und Schweden hat sich in den letzten 24 Stunden aufs Äußerste zuspitzt. Nach Nachrichten, die aus Helsinki eingetroffen sind, besteht kein Zweifel darüber, daß Finnland mit Waffengewalt die Unantastbarkeit des Landes verteidigen werde. Militärisch dürfte dabei Finnland überlegen sein, denn allein an Artillerie besitzt es mehr, größtenteils von den Russen erbeutete Geschütze, als die drei skandinavischen Länder zusammengekommen. In Dänemark hofft man, daß die beiden anderen nordischen Regierungen vermittelnd eingreifen werden. Von wohlunterrichteter Seite wird versichert, daß die Alliierten in der Alandfrage nicht eingreifen werden. Gewal-

ge Truppenmassen Finnlands sind nach Kalaad abgefañt, man einen Ausstand erwartet.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung. Vom Turnen.

Uns Turnerkreise erhalten wie folgende Zuschrift: Motto: Nicht derjenige nñt seiner Gesundheit, welcher nach getaner Arbeit sich behaglich der Ruhe hingibt, wohl aber derjenige, welcher regelmäÙig Leibesübungen treibt. Und vornehmlich das Turnen ist es, welches durch seine Vielseitigkeit und seine Anpassungsfähigkeit an jedes Alter und Geschlecht den weitesten Kreisen der Bevölkerung als ein Mittel zur Erlangung von Gesundheit, Kraft und Ausdauer dienen soll.

Mit etwa 14 Jahren kann der Eintritt als Jöbling und die Teilnahme an den Turnabenden der Erwachsenen, mit 17 Jahren meist die ordentliche Mitgliedschaft erfolgen. Der Turner wird einer seiner Turnfertigkeiten entsprechend, meist 8 bis 20 Teilnehmer zählenden Turnabteilung, einer Kriege, zugeteilt. Sobald er die für die nächstbessere Kriege vorgeschriebenen Übungen erlernt hat, kann er in diese aufsteigen und falls seine körperliche Veranlagung, seine Tatkraft und Ausdauer dies ermöglichen, bis zur ersten Kriege gelangen. Hier gibt es reichlich Arbeit, und in turnerischen Wettkämpfen Ehre für den Verein und den Turner selbst. Das Aufsteigen zum ersten und zweiten Turnabteilung ist ein ehrenvolles Ziel, nach dem jeder jüngere Turner streben soll. Von ästhetischem Standpunkt aus gibt es wohl nichts Schöneres als eine fähige Kriegeführung, z. B. am Red. ausgeführt mit jugendlicher, in ihrer Entfaltung genau abgemessener Manneskraft, welche die gewaltigen Schwingen sicher verlaufen läßt und nach Beendigung der Übung den Turner zu höherem Stande in frommer Haltung führt, ein Zeichen, wie sehr er durch Ausdauer die Übung und sich selber beherrscht.

Ende der zwanziger Jahren dürfte bei der Mehrzahl der Jöbelpunkt der Turnabteilung erreicht sein. Allmählich läßt diese nach, und die älteren Turner werden dann in Männerreihen und später in der Altersriege zusammengefañt.

Ausdauer, geschulte Haltung und Sicherheit zeichnet auch den älteren Turner bei den Freiübungen aus, da wird nichts nachträglich an der Stellung geändert, fest und erst steht der Turner beim Ausfall da, und manchmal rinst der Schwertkampf, bis der Turner des Abends befriedigt ist. Zum Teil noch schwierige Übungen führt mancher noch mit 60 Jahren aus. Aber auch den weniger kräftigen alten Turner ist in der Altersriege die Gelegenheit gegeben zur Betätigung am Gerät. So manche Übung aus der Jugendzeit eignet sich für ihn und schließt so einen Kreislauf. Aber es fehlt die vom Manne ausgeübte Übung ungleich würdiger aus, als beim Jöbling. Unter anderen Übungen können besonders auch Stützübungen noch in höherem Alter verhältnismäÙig belichtes Turngerät sein dürfte. Nach der teils stunden, teils leicht ausgeführt werden, so daß gerade das Bier hier ein einseitig anwendendes Lebensweise bei der Berufsarbeit bringt der Turnabend das Bier in Umlauf, regt zu einer freudigen Stimmung an, läßt manche dumme Grille des Tages in ihrer Richtigkeit erscheinen und gibt dem Manne Mut, begründeten Sorgen unserer schweren Zeit mit Entschlossenheit zu begegnen.

Auch die Familienangehörigen der Turnvereine werden dazu beitragen. Sie sind ein gemeinsames Band, das alles auf das engste zusammenfaßt. Und in Hand mit der Pflege des Turnens geht auch die Pflege der Geselligkeit. Verbunden durch das gleiche turnerische Streben treten hier die Glieder der verschiedenen sozialen Stände und politischen Richtungen als Freunde in trauten Kreisen zusammen. Da jemand einem kaufmännischen, einem werktätigen, künstlerischen oder einem gelehrten Beruf angehört, macht in der Turnfreundschaft keinen Unterschied. Jeder hört von der Tätigkeit, den Sorgen und Hoffnungen des fremden Standes durch den Turnfreund und lernt dadurch, sich gegenseitig verstehen und achten. Durch gemeinsame automatische Veranstaltungen in Turnfahrten wird der Verkehrskreis erweitert und Johns Worte treffen mit Recht noch heute auf die Turnkunst zu: In ihr liegt ein Einigungsmittel, was die Unterschiede von Glaube, Land, Sprache und Stand hinwegräumt und ein deutsches Gemeinleben verbürgt.

Überzu 60 Jahre schon (1863) gegründet, hat sich der Untere Schwarzwaldbund (der deutschen Turnerschaft angehörig) obiger Aufgabe unterzogen. Schon manche uneigennütige Arbeit dürfte er so für die Allgemeinheit geleistet haben. Er tritt nun auch wieder in diesem Jahre an Eltern, Lehrer, Lehrern und Industrielle mit der Bitte heran, ihre schulfähige Jugend in diese wertvolle Vereine einführen zu wollen, sowie uns durch sowohl aktiv als auch durch unterstützende Tätigkeit unsere Arbeit erleichtern zu wollen. Aber auch die Behörde möchten wir dringend bitten, wo nicht schon geschehen, durch Schaffung von Turn- und Spielplätze sowie

geeigneter Räume für das Winterturnen unsere Sache zum Wohle der Allgemeinheit fördern zu helfen.

Um nun auch der Öffentlichkeit von seinem Tun und Treiben Kenntnis geben zu können, wobei gleichzeitig den vorgeschrittenen Turnern Gelegenheit gegeben ist, sich gegenseitig in ihrem Können zu messen und anzuregen, hat der Bund folgende Veranstaltungen getroffen: Eine Gauwanderung, eine Frühlingsfestspiele, im Faustball, das Gouturnen in Schönbürg am 4. Juli und evtl. im Spätsommer, um auch dem sportlichen Drange Rechnung zu tragen, einen Sport- und Spieltag.

Württemberg.

Freudenstadt, 9. Juni. (Glücklicher Finder.) Der Jungmeister Bey hat dieser Tage für einen ehrlich abgelieferten Hund reichlichen Lohn erhalten. Auf der Fahrt von Eutingen hierher hatte ein Reisender den Brillant aus seinem Fingerling verloren, den Verlust aber erst im Gasthof bemerkt. Er vermutete, daß ihm der kostbare Stein im Abteil zweiter Klasse aus dem Ring gedroher sei und erließ ein Nachforschungstelegramm nach Dausach. Nach langem Suchen entdeckte dort der Jungmeister das kostbare Stück. Bei der Ablieferung erhielt er 1000 M. Finderlohn.

Stuttgart, 9. Juni. (Eine Falschmeldung.) Zu der Meldung der „Neuen Zürcher Zeitung“ daß infolge finanzieller Schwierigkeiten das demokratische Parteiblatt „Der Beobachter“ auf 1. Juli eingehe, erfahren wir, daß ein Verstoß irgendwelcher Art in dieser Frage nicht vorliegt. Finanzielle Schwierigkeiten hat zur Zeit die gesamte mittlere und kleinere Presse zu überwinden, weil die Papierpreise, Rohmaterialien und Arbeitslöhne derart gestiegen sind, daß nur mit Verlust gearbeitet werden kann.

Stuttgart, 9. Juni. (Schwarze Chronik.) Wie im neuen Staate die Arbeitsleistung entlohnt wird, dafür bringt der „Verwaltungsmann“, das Organ des Vereins württ. Verwaltungsbeamten, folgende Beispiele vom oberen Redar: Monteur pro Monat 1500 M., Parmonikamacher 960 bis 1000 M., Oberamtssekretär, verheiratet, 720 M., Schreibfräulein, 22 Jahre alt, 658 M., Verwaltungspraktikant, 26 Jahre alt, 528 M., Gehilfe, 20 Jahre alt, 428 M. Bezüglich der Schreibfräulein wäre einmal ein ernstes Wort am Platze; die Leistungen sind vielfach mittelmäßig und den mittleren Beamten gegenüber glauben sie mit der Beste des besonderen Schütlings des Chefs entgegenzutreten zu dürfen.

Stuttgart, 9. Juni. (Beratungen über Milchpreiserhöhung.) In der Landesversorgungsstelle fanden in vergangener Woche Beratungen über eine neue Milchpreiserhöhung statt. Die Preiserhöhung für Milch setzte in der Pfalz ein und greift auch nach Baden und Bayern aus. Die Landesversorgungsstelle hat in vier getrennten Konferenzen die Landwirte, die Vertreter der Städte, die Parteien und Gewerkschaften und auch Handel und Industrie über eine etwaige neue Milchpreiserhöhung gehört. Ein bestimmter Beschluß wurde noch nicht gefaßt. Nach Lage der Dinge wird trotz der guten Heuernte und des reichlichen Futters eine Erhöhung kaum mehr zu umgehen sein, wenn auch zugegeben werden muß, daß Angestellte und viele Kreise des Mittelstandes heute nicht mehr in der Lage sind, nur die allernötigsten Lebensmittel zu bestreiten.

Stuttgart, 9. Juni. (Fleischpreiserhöhung.) Vor kaum einer Woche wurde der Fleischpreis hier auf 8 Mark Grundpreis erhöht. Nun ist infolge der Neuregelung der Viehpreise durch das Reich, wodurch die Landwirte für Vieh 1. Klasse 380 Mark statt bisher 272 Mark für den Zentner Lebendgewicht erhalten, schon wieder eine Erhöhung notwendig geworden. 1 Pfund Rindfleisch kostet nun 8.80 Mark. Es wird nicht mehr lange anstehen, so ist es weiten Kreisen unseres Volkes überhaupt nicht mehr möglich, Fleisch einzukaufen.

Hödingen, 9. Juni. (Der Vernichtungsfriede.) Auf dem Flugplatz sind gegenwärtig Arbeiter damit beschäftigt, die noch hier lagernden Flugzeuge kurz und klein zu schlagen und total zu vernichten. Es muß sich in jedes echten deutschen Mannes Brust ein grimziger Jörn erheben, wenn man sehen muß, wie deutsches Gut auf fremden feindlichen

Befehl infolge des Schandfriedens von Versailles in solcher Weise vernichtet wird. Es wäre doch noch vieles zu retten gewesen und hätte vielleicht zu anderen Zwecken verwendet werden können, aber der unglücklich harte Friedensvertrag will eben, daß wir vollständig wehrlos und damit auch rechtlos gemacht werden.

Sulz, 9. Juni. (Das Ende der Zwangswirtschaft.) Die für die Aufhebung der Zwangswirtschaft nicht nur die Bauern, sondern auch die Arbeiter sind, beweist folgender Vorfall. Am letzten Samstag sollten, lt. „Sulzer Chronik“, von der Eierfahrmittelstelle Sulz Eier an andere Bezirke verschickt werden. Einige Arbeiter beschlagnahmten die Eier und verteilten sie ordnungsmäßig in Sulz. Es ist nur schade, daß die vom Amtsgericht erlassenen Strafsätze (es waren dem gegen 1000 Stück) schon bezahlt sind, die 30—40000 Mark Strafgebühren wären sicher heute noch in den Taschen der Häftlinge.

Friedrichshafen, 9. Juni. (Fremdenkontrollen.) Von den ungeschönten Auswüchsen des Fremdenverkehrs in spätem Jahren, namentlich der Damserei und dergl., entgegenzunehmen sind für den Bezirk 22 ehrenamtliche Fremdenkontrollanten aufgestellt worden, die mit besonderen Ausweisen die Gaststätten und Kurfremden überwachen.

Baden.

Steinsfurt b. Singheim, 9. Juni. Die hiesige Polizei hielt vor wenigen Tagen ein mit Dickschalen beladenes Fuhrwerk vor. Als man die Ladung untersuchte, entdeckte man unter den Rüben 10 Sack Weizen und Roggen.

Schopfheim, 8. Juni. Infolge Ueberfällung der Bezugsautos hatte sich der Bauunternehmer Friedrich Maier von Tegernau auf das Leitblech des Kraftwagens gestellt. Beim Ausweichen vor einem dem entgegenkommenden Fuhrwerk wurde Maier derart zwischen das Fuhrwerk und den Kraftwagen gequetscht, daß er schwere Verletzungen davon trug, denen er nun erliegen ist.

Lahr, 8. Juni. Die Frau des Schuhmachers Engelbert Coroder wollte am Kanal Wasser schöpfen. Sie stolperte über das Uebergewicht, fiel in den Wasserlauf und ertrank. Die Leiche konnte bereits geborgen werden.

Forstheim, bei Karlsruhe, 8. Juni. Seit Frühjahr dieses Jahres wird auch in unserer Gemeinde die elektrische Beleuchtung eingerichtet. Dabei konnte man eine Aufhebung von Arbeiten lernen, die in ausgereicherter Weise spruch zu dem steht, was von der ländlichen Bevölkerung unter Arbeitern verstanden wird. Seit etwa 14 Tagen ist die Elektrotechniker damit beschäftigt, außerhalb des Orts einige 100 Meter Zuleitung zum Ortsnetz zu legen. Dabei kann man beobachten, daß sie am hellen Tage Stundenlang am Boden sitzen oder liegen und sich während der Arbeitszeit in der Sonne wohl tun. Die Landbevölkerung dagegen, die gerade in dieser Zeit von morgens früh bis abends spät auf dem Felde zu tun hat, muß mit ansehen, daß andere Leute anscheinend nur ihre 8 Stunden rumschlafend trachten um für diese „Arbeit“ 40—50 Mark sich zahlen zu lassen. Solche Zustände liefern natürlich auch ihren Beitrag zu zwar in ganz bestimmter Richtung zum vielumstrittenen Kapitel der Zwangswirtschaft. Niemand wird es dem Bauern verübeln, wenn er verlangt, daß auch seine Arbeit, die ihm vielleicht die anstrengendste und unbedingt produktivste ist, entsprechend gewertet wird.

Mannheim, 9. Juni. Eine Hochstaplerin, die ein Zeilang auch hier ihr Unwesen trieb, ist vor wenigen Tagen im D-Zug Frankfurt-Darmstadt verhaftet worden. Die Schwindlerin hatte mit einem fingierten Telegramm ein Schauspielerepaar von Berlin nach Mannheim gelockt, und ihr schmerzhaftes Garberode herauf. In dem Besitz der Hochstaplerin fand man ein Tagebuch, in das die Hochstaplerin ihre gesamten Schwindelaktionen und ihre Diebstähle eingetragen hatte. Die Verhaftete soll die Ehefrau eines Mannheimer Eisenbahnbeamten sein. Sie reiste unter dem Namen Frau von Reichenstein und Frau Dr. Veremann.

Art läßt nicht von Art.

Roman von H. Hill

141 (Nachdruck verboten.)

„Wenn du die Freundlichkeit haben willst, mir den Brief etwas näher zu beschreiben,“ sagte er, „und wenn du mir mitteilen willst, warum er einen so außerordentlichen Wert für dich hat, werde ich möglicherweise dahin kommen, dich zu verstehen.“

Der Graf stand auf und trat einen Schritt näher auf ihn zu.

„Was für ein überflüssiges Geschwätz ist das! Du würdest den Brief natürlich ebensogut beschreiben können wie ich, und du weißt auch, was er bedeutet. Aber ich will in Dreizehensnamen auf den Scherz eingehen. Was ich haben will, ist das hauptsächlichste Stück eines Briefes, der an diesen vermissten Romanschreiber Odegar adressiert war, und in dem mein sogenannter Vater, von dessen Hand er herrührte, ihm sein Haus und seinen Park vererbte, sowie jeden Versuch einer weiteren Annäherung an seine Tochter Edith. Der Verkehr müsse ein für allemal ein Ende haben, stand darin zu lesen.“

„Der Verkehr müsse ein für allemal ein Ende haben,“ echote der Major, wie wenn er sich vergewissern wollte, daß er auch wirklich ganz richtig verstanden habe.

„Jawohl,“ bestätigte der Graf, „das war der Inhalt des Briefes.“

„Sehr wohl. Aber du bist mir auf meine zweite Frage die Antwort schuldig geblieben.“

„Auf welche Frage?“

„Ich wünschte zu erfahren, warum dies Billett oder ein Bruchstück davon von so außerordentlicher Wichtigkeit für dich sei.“

„Das will ich dir erklären. Odegar hat den alten Herrn ermordet, und dies Bruchstück eines Briefes ist das Beweismittel, durch das er des Verbrechens überführt werden kann. Du hast ja selbst gehört, was der Polizeirat

sagte. Sie suchten nach einem Menschen, dem der Graf das Betreten seines Schlosses brieflich verboten hat.“

„Ich vermute, daß die andere Hälfte des Briefes der Polizei in die Hände gefallen ist, und daß sie im unklaren ist über den Adressaten, dessen Name aus jenem Bruchstück nicht zu ersehen war.“

Der Major blieb scheinbar ganz ruhig; aber das diese Ruhe eine mühsam erdachte war, bewies das Zittern seiner fleischigen Wangen. Nach einer kleinen Weile erst fragte er:

„Und was würdest du tun, wenn ich jede Kenntnis von diesem Briefe und von seinem Verbleib in Abrede stelle?“

„Ich würde morgen in die Hauptstadt fahren, mich bei dem Polizeirat melden lassen und ihm mitteilen, wer der Empfänger des Briefes war, und daß das corpus delicti nach meiner wohlbegründeten Ueberzeugung von dir gestohlen worden ist. Wenn man mich fragt, warum ich diese Anzeige erst jetzt erlaube, so werde ich eben eine Ausrede bei der Hand haben müssen — das ist alles. Ich werde zum Beispiel sagen, daß ich bis heute die Hoffnung gehegt hätte, meinen lieben, alten Onkel durch gütliches Zureden zur Herausgabe des Papiers bewegen zu können, ohne ihn des Diebstahls bezichtigen zu müssen. Und ich werde im Brulion des rechtschaffenen Mannes hinzufügen, daß ich nun um der Gerechtigkeit willen nicht länger mit der Wahrheit hätte zurückhalten können. Ich glaube, man wird einem Manne in meiner gesellschaftlichen Stellung diesen kleinen Verstoß gegen die Vorschriften des Gesetzes minder stark ankreiden wie einem gewöhnlichen Sterblichen.“

„Und wie kam jenes Briefbruchstück in deinen Besitz?“ fragte der Major, diesmal in einem inquisitorischen Ton, der sich sehr wesentlich von seiner bisherigen Redeweise unterschied. Der Graf aber gab kurz und brüst zurück: „Darum hast du dich nicht zu kümmern, denn das ist eine Sache, die dich ganz und gar nichts angeht.“

„Sehr wohl! Betrachten wir die Sache also mal von der anderen Seite. Angenommen, ich besäße den Gegenstand, von dem hier die Rede ist, und ich ließe mich be-

wegen, ihn dir auszuhändigen — was würde dann geschehen? Würdest du vielleicht mit dem Papier zur Polizei gehen und es zu einer Denunziation des Doktor Odegar benutzen?“

„Im Gegenteil! Ich würde es benutzen, um ihn von dem Zuchthaus oder von etwas noch Schlimmerem zu bewahren. Es müßte denn sein, daß er ein Narr ist, der seinen eigenen Vorteil nicht zu erkennen vermag, in welchem Fall er dann allerdings die Konsequenzen seiner Narrheit würde tragen müssen. Wenn ich ganz deutlich sein soll: ich wünsche mir den Menschen aus dem Wege zu schaffen, und ich will ihn darum in seinem eigenen Interesse zwingen, sich in Sicherheit zu bringen, denn es zu spät ist.“

Der Major seufzte tief auf, und es wäre schwer zu sagen gewesen, ob es ein Seufzer der Erleichterung oder der schmerzlichen Ergebung in etwas Unabwendbares war. Nach einem leichten kurzen Zaudern griff er in die Brusttasche und brachte sein Portefeuille zum Vorschein, dem er einen sorgfältig zusammengefalteten Papierbogen entnahm.

„Da ist der Brief,“ sagte er, „aber ich halte dich zu deinem Versprechen.“

Hastig hatte der Graf nach dem Fragment gegriffen, und nachdem er sich mit raschem Blick überzeugt hatte, daß er wirklich den schmerzlich vermischten Gegenstand in den Händen hielt, sagte er, eine getränkte Miene annehmend:

„Es war nicht hübsch von dir, so an mir zu handeln. Möchtest du mir nicht sagen, welche Absicht du damit eigentlich verfolgst hast?“

Der Major hielt es für zweckmäßig, etwas Zeit zu gewinnen, indem er sich sehr umständlich eine neue Zigarette anzündete. Dann erst sagte er in seinem mildesten und gütigsten Tone:

„Ja, Ross, ich sehe ein, daß du ein Recht darauf hast, es zu erfahren. Was ich getan habe, tat ich einzig und allein zu deinem eigenen Besten.“

(Fortsetzung folgt.)

München
Paris, Dr. R.
dauern aus, d.
sei, daß eine
kollektion gebe.
die Notwendig
Grundlage als
Notwendigkeit
gerichtet würd
München
beantragte der
Badesbade
am Sonnabend
Landa
ist auf Anord
befehlen Gebie
folgte, weil No
eine Entschlie
Bestehen gege
Frankfurt
und Wiesbade
lieferungsfreit
die Milchliefer
bereits zu Lät
Aöln, 10
Personen weg
die Eisenbahn
schädigt wurde
ganze Waggon
Düsseldorf, 9
Berlin, 9
fassung der
wird von Just
käufen der A
ist werden
kommen und
einem Dorfe
vorzunehmen,
zunächst mach
die Kompagnie
bei die bereits
mehr ging da
Entwaffung
sind bisher n
Nachsinnenge
Es ist eine s
werden.

Berlin, 9
grüßlichen M
für internatio
Klein-Donau-
einbreiten.
der Zeit der
sprechen.

Berlin, 1
det, daß sich
Viehhandel au
der bis einen
Gemüse und
Bierlin, 1
ministers Wies
ihn erscheine
nam als du
Maße nur ab
lange die Früh
zum Herbst d
wüßiger Ner
Bescheid zu en
alle Koalition
untersuchen.
keine Neigung
Dinge, wie
spielt haben,
konnte. Aber
lange Lebensde
Riel, 9.
Schließung ang
Vertrag zu
eine sowohl a
unhaltbare G
Bestimmungen
vertrag nicht
landtag verlan
ablehnt und f
nun infoweit
Verfaller Frei
Beuten
der Antonien
Bremsvorricht
30 Mann tru
Doppel
wüßten vier
Balkoniel zu
der Rückfahrt
Franzosen ein
Handgemenge
am Ufer sic
wurden drei
einer ertrunke
Bern, 9
durch den G
Kauktion von
Paris, 9
vor 5 Tagen
bet erklärt w
befunde am
auf die im
Glück zu rel



Neueste Nachrichten.

München, 10. Juni. Der deutsche Geschäftsträger in Paris, Dr. Mayer, der gegenwärtig hier weilt, sprach sein Bedauern aus, daß im Wahlkampf davon gesprochen worden sei, daß eine Partei mit einer anderen in keine Regierungskoalition gehe. Er gebe aber die Hoffnung nicht auf, daß die Notwendigkeit einer Regierungsbildung auf breiter Grundlage als zwingend anerkannt und dieser vaterländischen Notwendigkeit Parteirücksichten und Parteiteiligungen untergeordnet würden.

München, 10. Juni. Im dritten Geiselmordprozess beantragte der Staatsanwalt gegen die beiden Angeklagten Wabeshauser und Kotter die Todesstrafe. Das Urteil wird am Sonnabend gefällt werden. Kotter ist Oesterreicher.

Landau (Pfalz), 10. Juni. Der Finanzrat Dr. Ronda ist auf Anordnung der Interalliierten Konferenz aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden. Die Ausweisung erfolgte, weil Ronda einer Beamtenversammlung präsidierte, in der eine Entschließung gegen die Willkürherrschaft der französischen Behörden gegenüber der Beamtenschaft zur Annahme gelangte.

Frankfurt a. M., 9. Juni. In den Landkreisen Höchst und Wiesbaden ist gestern die Bauernschaft in einen Milchlieferungsstreik eingetreten. Die Arbeiterschaft ist entschlossen, die Milchlieferung zu erzwingen. An einzelnen Orten ist es bereits zu Tätlichkeiten gekommen.

Köln, 10. Juni. Die Kölner Kriminalpolizei hat sechs Personen wegen riesiger Waggon Diebstahle, durch welche der Eisenbahnverwaltung um über 10 Millionen Mark geschädigt wurde, festgenommen. Die Schiebergesellschaft hat ganze Waggonladungen Spirit, Benzin und Autoreifen nach Düsseldorf, Leipzig, Dresden usw. verschoben.

Berlin, 9. Juni. Ueber die Vorgänge bei der Entwarnung der Maschinengewehrkompanie Sibau in Soest wird von zuständiger Seite noch mitgeteilt: Als die Mannschaften der Kompanie hörten, daß die Kompanie aufgelöst werden sollte, weigerten sie sich dem Befehl nachzukommen und marschierten ohne Offiziere geschlossen nach einem Dorfe in der Nähe von Soest. Um ihre Auflösung vorzunehmen, wurden 2 Kompanien und ein Zug Artillerie mobil gemacht und das Dorf umstellt. Daraufhin eröffnete die Kompanie das Feuer auf die Reichswehrtruppen, wobei die bereits gemeldeten Verluste eintraten. Die Reichswehr ging dann gegen die Kompanie vor und führte ihre Entwarnung durch. Verluste der entwarneten Kompanie sind bisher nicht bekannt geworden. Die Mannschaften der Maschinengewehrkompanie Sibau sind interniert worden. Es ist eine strafrechtliche Untersuchung gegen sie eingeleitet worden.

Berlin, 9. Juni. Die Volksabstimmung im westpreussischen Abstimmungsgebiet findet am 11. Juli statt. — Eine internationale Donaufahrt, die auch zur Frage des Rhein-Donau-Kanals Stellung nehmen soll, wird nach Paris einberufen. — Polen beabsichtigt den Bahnverkehr während der Zeit der Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen zu sperren.

Berlin, 10. Juni. Der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet, daß sich die Preislenkung in Frankreich auch auf den Viehhandel ausdehnt. Die Fleischpreise sind um einen halben bis einen Franken pro Kilogramm gesunken, ebenso sind Gemüse und Früchte bedeutend billiger geworden.

Berlin, 10. Juni. Zu der Äußerung des Reichspostministers Wiesberts, eines alten christlichen Gewerkschaftlers, im ersehnten die Koalition von Scheidemann bis Stresemann als durchaus nützlich, aber wenig wahrscheinlich, es bleibe nur übrig, den gegenwärtigen Koalitionsparteien solange die Führung der Regierungsgeschäfte zu überlassen bis zum Herbst das Volk erneut Gelegenheit erhalte mit etwas ruhigeren Nerven und gekläarterem Urteil über sein politisches Schicksal zu entscheiden, meint der „Vorwärts“: Ob sich die alte Koalition bis zum Herbst halten kann, wollen wir nicht unterfragen. Es dürfte klar sein, daß die Sozialdemokratie keine Neigung hat, weiter den Prügelstrafen zu spielen, für Dinge, wie sie sich in den letzten eineinhalb Jahren abgepielt haben, ohne daß die Sozialdemokratie sie verhindern konnte. Aber daß dieser Reichstag ohne Mehrheit keine lange Lebensdauer haben kann, wird jedermann einräumen.

Kiel, 9. Juni. Der Provinziallandtag hat eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Der Entwurf des Vertrags betreffend die Abtretung Nordschleswigs schafft eine sowohl aus nationalen wie aus wirtschaftlichen Gründen unhaltbare Grenze. Er enthält außerdem eine Reihe von Bestimmungen, die Deutschland neue, im Versailleser Friedensvertrag nicht vorgesehene Lasten auferlegt. Der Provinziallandtag verlangt, daß die Reichsregierung diesen Vertrag ablehnt und sich zur Erfüllung der Forderungen der Entente nur insoweit bereit erklärt, als sie den Bestimmungen des Versailleser Friedensvertrages entsprechen.

Beuthen i. O., 9. Juni. Auf dem Schacht Nischonbörner der Antonienlütte stürzte heute früh infolge Versagens der Bremsvorrichtung eine Förderseilbahn mit 32 Bergleuten ab. 30 Mann trugen teilweise schwere Verletzungen davon.

Doppeln, 9. Juni. In der Nacht zum Mittwoch versuchten vier Franzosen eine Hochseitzgesellschaft auf der Balfinsel zu stören, wurden aber daran verhindert. Auf der Rückfahrt über die Ober entstand im Boot zwischen den Franzosen und dem Fährmann und seinen zwei Söhnen ein Handgemenge, das angeblich durch Gewehrfeuer von den am Ufer stehenden Franzosen verurteilt wurde. Dabei wurden drei Franzosen ins Wasser geworfen, von denen einer ertrunken ist.

Bern, 9. Juni. Der bekannte Sozialist Platten ist durch den Großrichter des Obergerichts gegen eine Kaution von 50000 Franken auf freien Fuß gesetzt worden.

Paris, 9. Juni. Die deutsche Regierung richtete bereits vor 5 Tagen an die alliierten Regierungen eine Note, in der erklärt wird, daß Deutschland sich vor der Unmöglichkeit befindet am 10. Juli ds. Js. die Bestände der Reichswehr auf die im Friedensvertrag von Versailles vorgesehene Stärke zu reduzieren. Die Note verlangt, daß der gegen-

wärtige Bestand von 200000 Mann ständig gehalten werden könne.

Rom, 9. Juni. Ritti hat im Senat die Demission des Kabinetts verkündet.

Madrid, 10. Juni. Die Kaiserin Eugenie, die Witwe Napoleons III., hat sich einer Staroperation unterworfen. Die Kaiserin ist jetzt 94 Jahre alt.

Kopenhagen, 9. Juni. Das hiesige „Lettische Teleg.-Bur.“ meldet aus Riga: Auf der Friedenskonferenz zwischen Lettland und Sowjetrußland in Moskau wurde am vergangenen Sonnabend die ersten vier Friedensbedingungen angenommen: 1. Abschluß des Krieges, 2. Anerkennung der Unabhängigkeit Lettlands, 3. Abkommen über die Festsetzung der Grenzen und 4. militärische Sicherheiten. Danach kam die Frage der Heimsendung der lettischen Flüchtlinge zur Verhandlung.

Der neue Landtag und die Regierungsbildung.

Stuttgart, 9. Juni. Der neugewählte Landtag wird voraussichtlich am 22. Juni einberufen werden und in der ersten Sitzung unter Leitung des Alterspräsidenten, Staatspräsident Bloos, sein Büro wählen. Die Wahl des Staatspräsidenten wird in der zweiten oder dritten Sitzung vor sich gehen. Der neue Staatspräsident wird sobald die Regierung berufen. Ueber die Neubildung dieser sagt die „Schwäb. Tagblatt“, daß die Erbreiterung der bisherigen Koalition durch Zugliederung der Unabhängigen sehr zweifelhaft sei. Die Einbeziehung der vier Volksparteier werde die Zustimmung der Sozialdemokratie nicht finden und auch bei den Demokraten auf Widerstand stoßen. Eine Regierung, gebildet von der Rechten, dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei wäre mit 54 gegen 47 Stimmen noch schwächer als die bisherige Koalition. Durch den Zutritt der Demokraten könnte diese Regierung gesichert werden. Die Bildung des Kammerpräsidiums hänge von der Bildung der Regierung ab. Die Regel ist, daß die stärkste Fraktion den ersten Präsidenten stellt. Davon ist aber schon öfters abgewichen worden.

Erhöhung der Schlachtviehpreise.

Durch Verordnung des Reichsernährungsministeriums über die Schlachtviehpreise vom 4. Juni 1920 fällt die Zuweisung eines Häutenpreises fort. Dieser Mehrerlös kommt jetzt, wie den M. R. N. aus Berlin gerahmt wird, dem Erwerber der Tiere zugute und ist von den Kommunalverbänden bei der Festsetzung der Kleinhandelspreise zu berücksichtigen, so daß man vor einer erneuten Erhöhung der Schlachtviehpreise steht. Wie lange noch?

Reichsfinanzminister Dr. Wirth gegen eine Rechtschwenkung.

Freiburg, 8. Juni. In einer Ansprache, die Reichsfinanzminister Dr. Wirth am Abend des Wahltages in Freiburg sagte er laut „Frankf. Ztg.“ u. a., eine Rechtschwenkung des Staates sei abzulehnen, weil dies ein Unglück für das Vaterland bedeute. Die Mehrheitssozialisten ständen jetzt vor der Entscheidung, ob sie demokratische oder radikale Politik treiben wollten. Das erstere sei nur möglich, wenn auch beim Zentrum aufrichtige, eheliche, demokratische Politik getrieben werde. Auf das Wort des Zentrums wüßte sich jede Partei verlassen können. Er verleihe nicht, daß eine reaktionäre Welle über Deutschland hinweggehe. Dr. Wirth erörterte dann die Möglichkeit einer Verbreiterung der Basis der Koalition, zum Beispiel durch den Beitritt der deutschen liberalen Volkspartei, die von der Sozialdemokratie abgelehnt werde, da sie zu einer Spaltung dieser Partei zu führen geeignet sei und zu einer Verflüchtung der Unabhängigen. Das Zentrum sei bereit, als starker Expeller auch in Zukunft dem Vaterland zu dienen.

Endgültiges amtliches Ergebnis der Landtagswahl in der Pfalz.

Speyer, 9. Juni. Im ganzen sind 346 373 Stimmen abgegeben worden. Die Sozialdemokraten erhielten 84 267 Stimmen (4 Sitze, 5 575 Reststimmen), die Bayer. Volkspartei 92 884 Stimmen (4 Sitze, 13 692 Reststimmen), die Demokraten 32 553 Stimmen (1 Sitz, 12 775 Reststimmen), die Deutsche Volkspartei 104 523 Stimmen (5 Sitze, 5535 Reststimmen), die Unabhängigen 38 734 Stimmen (1 Sitz, 18 936 Reststimmen), die Kommunisten 2 712 Stimmen (keinen Sitz).

Die Ernennung des deutschen Konsuls in Tâbriz.

Teheran, 9. Juni. Um das deutsche Konsulat in Tâbriz ist zwischen Angreifern und Verteidigern ein Kampf entbrannt, der unter Anwendung von Bomben und Maschinengewehren mit aller Erbitterung geführt wird. Eine von dem Konsul Wustrow in Teheran eingetroffene Depesche besagt, daß ein Appell an die Furcht in einem deutschen Herzen keinen Widerhall finden werde, daß der Weg zu den Flüchtlingen nur über seine Leiche führe und daß er nur Befehlen der deutschen Regierung gehorche. Entgegen der Neutermeldung, daß der deutsche Konsul Wustrow sich das Leben genommen hat, teilen die Abendblätter mit, daß der Konsul bei der Belagerung des Konsulats durch eine von außen abgefeuerte Kugel getroffen worden sei.

Berlin, 9. Juni. Zum Tode des Konsuls Wustrow teilt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ mit, daß der persische Gesandte am Montag in Trauerkleidung auf dem auswärtigen Amt erschien, um der deutschen Regierung sein Bedauern über den Vorfall in Tâbriz auszusprechen.

Die Auslandspresse zu den deutschen Wahlen.

Osaka, 9. Juni. „Allgemeines Handelsblatt“ fährt aus, daß die ruhige Entwicklung des neuen Deutschland nur durch die gemeinsame Arbeit der auf demokratischer Grundlage weiter arbeitenden Parteien sichergestellt werden könne. Es seien dies die Parteien, die sich sowohl gegen jede Wiederherstellung des alten Regimes, als auch gegen die Aufrichtung eines sozialistischen Staatswesens sträubten. Nur eine gemäßigte Regierung, die den Mittelweg beschreiten wolle und auf der Hut sei gegen die Wiederkehr des Alten

und gegen phantastische Experimente, werde die Krise, die Deutschland gegenwärtig durchmache, lösen können.

Osaka, 9. Juni. Der „Nieuwe Courant“ meint, die Unzufriedenheit des deutschen Volkes, das nach Rettung auszuweichen und deshalb von jeder Verrückung eine Verbesserung erhoffe, sei die Ursache der Erstarkung der Extremen, doch sei gerade eine gemäßigte Regierung die einzige Rettung für Deutschland. Nur eine solche gebe ihm Aussicht darauf, das Vertrauen der beiden wichtigsten Länder England und Amerika einigermaßen zurückzugewinnen. Das Blatt bespricht dann die bekannten Schwierigkeiten, die unter den heutigen Verhältnissen der Bildung einer Regierungsmehrheit entgegenstehen, schließt aber mit den Worten, nur eine Koalitionsregierung könne Deutschland retten.

Paris, 9. Juni. Sowohl „Journal“ wie „Petit Parisien“ sprechen heute von der Möglichkeit einer nochmaligen Verschiebung der nun auf den 5. Juli festgesetzten Konferenz von Spa. „Journal“ stellt sogar die Frage, ob man überhaupt nach Spa gehen solle, ob nicht etwa die Lage, die durch die deutschen Reichstagswahlen geschaffen sei, ohne von anderen Hindernissen zu sprechen, den Weg nach Spa sperre. Nach dem „Petit Parisien“ muß man ohne falschen Optimismus feststellen, daß die Alliierten von einem wirklichen Einverständnis untereinander noch weit entfernt seien.

London, 9. Juni. „Westminster Gazette“ bespricht in einem Leitartikel über das Ergebnis der deutschen Reichstagswahlen den doppelten Aus nach links und nach rechts und sagt: Die Alliierten müssen jetzt überlegen, ob sie nicht selbst eine sehr ernste Verantwortung für die gefährliche Verwirrung tragen, die sich mit großer Wahrscheinlichkeit aus dem Wahlausfall für die deutsche Politik ergibt. Diese Verwirrung ist eine Gefahr für die ganze Welt. Wir haben die Pflicht, sie zu verhindern, falls es möglich ist. Mit einer ersten folgerichtigen Politik kann noch etwas getan werden, um einer gemäßigten deutschen Regierung die Lebensmöglichkeit zu geben.

Zur Ablieferung der deutschen Luftschiffe.

Amsterdam, 10. Juni. Im englischen Unterhaus sagte Churchill in Erwiderung auf eine Anfrage, die Auslieferung des deutschen Luftschiffes „L. 71“ sei in den nächsten Wochen zu erwarten. Man hoffe, durch seine Probefahrt wertvolle Erfahrungen zu machen. Ein zweites Luftschiff werde in den Besitz der Vereinigten Staaten übergehen. Ueber drei noch im Bau befindliche weitere Luftschiffe stehe ein Abkommen bevor, durch das sie zu Handelszwecken nutzbar gemacht würden. Auf die weitere Frage, warum „L. 71“ noch nicht ausgeliefert sei, erwiderte Churchill: Wir sind nicht unbefriedigt über die Art, in der die Deutschen ihre Verpflichtungen erfüllen.

Maul- und Klauenseuche.

Anlässlich der Seuchenausbrüche in Feldremach, Gräfenhausen und Birkenfeld ist festgestellt, daß 1. der Seucheverdacht nicht rechtzeitig angezeigt, 2. die Stallungen, in denen die kranken Tiere stehen, von fremden Personen betreten worden sind.

Es ist unverständlich, daß gegenwärtig nicht jeder Landwirt bei der geringsten Erkrankung des Klauenviehs sofort an Maul- und Klauenseuche denkt.

Nur wenn die Landwirte sich aufs strengste hüten, fremde Stallungen zu betreten, oder ihre eigenen Stallungen von fremden Personen betreten zu lassen, ferner sich von verfeuchten Gemeinden unter allen Umständen fernhalten und endlich ihrer Anzeigepflicht beim geringsten Verdacht sofort nachkommen, wird es möglich sein, Seuchenerkrankungen zu verhindern oder im Falle des Ausbruchs der Seuche, sie auf ihren Verdr zu beschränken.

Im übrigen wird in jedem Falle der Verletzung der Anzeigepflicht mit strengsten Strafen vorgegangen werden.

Auch wird nochmals darauf hingewiesen, daß Personen, die nachgewiesenermaßen die Seuche verschleppt haben, zivilrechtlich für jeden Schaden haftbar gemacht werden können. Also Landwirte hütet euch selbst vor Schaden.

Neuenbürg, den 9. Juni 1920. Oberamt: Killing, A.B.

Die Maul- und Klauenseuche

in Langenbrand und Iffezheim, Bez.-A. Rastatt, ist erloschen.

Neuenbürg, den 8. Juni 1920. Oberamt: Killing, A.B.

Die Gemeindebehörden

werden aufgefordert, die Rollen, welche den Gemeinden durch die örtliche Vorbereitung und Durchführung der Reichs- und Landtagswahl einschließlich der Uebermittlung des Wahlergebnisses erwachsen sind, unter Benützung der ausgegebenen Vordrucke (Formular I-IV) alsbald beim Oberamt anzumelden. Die quittierten Kostenzettel und sonstigen Belege sind mitozulegen. Im übrigen wird auf § 82 der Reichswahlordnung und § 61 der Vollz.-Verf. zum Landtagswahlgesetz Bezug genommen.

Neuenbürg, den 9. Juni 1920. Oberamt: Reg.-Affessor Killing, A.B.

Kuntliche Kurze

Table with 3 columns: Description, Amount, and Reference. Includes items like 'Kriegsanleihe', 'Befehlshaber', 'Kredit', etc.

Ständiges Inferieren führt zum Erfolg.

